

England und Europa

I

Die Ankündigung *Macmillans* im Frühsommer 1961, Großbritannien werde mit der EWG Verhandlungen über die Möglichkeiten eines Beitritts eröffnen, fand sowohl den gewerkschaftlichen als auch den politischen Flügel der britischen Arbeiterbewegung weitgehend unvorbereitet. In beiden Gruppen gibt und gab es leidenschaftliche Anhänger und leidenschaftliche Gegner einer engeren Zusammenarbeit mit Europa sowie eine breite Zwischenschicht, die einer solchen Lösung nicht abgeneigt ist, vorausgesetzt, daß sie ihr greifbare Vorteile bringt. Daß dies ein getreues Spiegelbild der Stimmung im britischen Volke ist, erhellt schon daraus, daß, von Nuancen abgesehen, die Situation im konservativen, also im Regierungslager, die gleiche ist. Nur die Liberalen sind auf eine Politik des Eintritts in die EWG mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen eingestellt; aber trotz gelegentlicher Wahlerfolge repräsentiert die Liberale Partei mit sechs und jetzt sieben von 630 Unterhausmitgliedern keine politische Kraft, die irgendwelche Regierungsverantwortungen zu übernehmen hätte. Sie muß daher auf Stimmungen keine Rücksicht nehmen und kann in der Gewißheit, ihre Haltung nicht in die Tat umsetzen zu müssen, diese rein vernunftgemäß formulieren — und die Vernunft sagt, daß es sich Großbritannien überhaupt nicht leisten kann, außerhalb der EWG zu bleiben.

Wesentlich schwerer haben es die Konservativen als heutige Regierungspartei und Labour als die einzige denkbare Kraft, die sie ablösen könnte. Alle Bedenken und Einwendungen, die innerhalb der Labourbewegung vor dem vermeintlichen „Sprung“ ins Ungewisse bestehen, sind in den konservativen Reihen ebenso lebendig und vorhanden, doch ist Labour als Oppositionspartei heute in dem taktischen Vorteil, daß es sie offener aussprechen kann. Dazu kommt ein weiteres irrationales Moment. Wäre die Arbeiterpartei jetzt in der Regierung gewesen, hätte sie aller Wahrscheinlichkeit nach die gleichen Schritte bezüglich eines Anschlusses an die EWG unternehmen müssen, die die konservative Regierung tat. Aber den Konservativen als den traditionellen britischen Patrioten glaubt man leichter, daß das, was sie unternehmen, kein „Verrat“, kein „Ausverkauf“ an Kräfte jenseits des Kanals ist. Die Labourbewegung mit ihren inter-

nationalen Bindungen und Verbindungen muß eher beweisen, daß sie weder das Vaterland im engeren Sinne noch auch das Commonwealth preiszugeben bereit ist. Darum das empfindliche Reagieren im Labourlager auch auf ganz hinterwäldlerische Stimmungen, darum die besonders gründliche Kritik, die sich oft nicht davor scheut, offene Türen einzurennen, nur um irgendeinen sachlich ganz unbegründeten Einwand aufzufangen.

II

Lange hat sich sowohl die Gewerkschaftsbewegung als auch die Labour Party bemüht, entweder überhaupt eine Stellungnahme zu dem Problem zu vermeiden oder zumindest eine klare, eindeutige Stellungnahme. Der Grund dafür war, daß man keine Notwendigkeit und schon gar nicht einen Wunsch empfand, der Regierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen, daß man aber andererseits die ohnehin bestehenden schweren Gegensätze in der Bewegung nicht auch noch durch akademische Auseinandersetzungen um das Problem der europäischen Integration vermehren wollte. Es ist begreiflich, daß man sich, solange es ging, zu den vielen bestehenden Sorgen nicht noch eine aufbürden wollte. So begreiflich es ist, so bedenklich ist andererseits, daß überhaupt keine Richtlinie, kein Versuch einer theoretischen oder praktischen Bewältigung der Problematik vorlag.

Als 1950 *Robert Schuman* den Plan der Kohle- und Stahlgemeinschaft verkündete, hat sich die damalige Labourregierung gegen überstaatliche („supranationale“) Lösungen ausgesprochen und den britischen Beitritt zu dem Projekt verweigert, dem man im übrigen viel Glück wünschte, ohne sich zu vergegenwärtigen, daß ein Gelingen des Planes auch ein abseitsstehendes England nicht unberührt lassen würde. Die konservative Opposition hat damals lärmend, gegen die Haltung der Regierung protestiert, sich aber peinlichst davor gehütet, den Beitritt zu empfehlen. Heute sehen wahrscheinlich beide Teile ein, ohne es zuzugeben, daß auch von einem egoistischen Standpunkt ein Abseitsstehen ein Fehler war.

Ähnlich war es, als sich im Gefolge der Beschlüsse von Messina (Juni 1955) die Konturen des Gemeinsamen Marktes und von Euratom am Horizont abzeichneten. Der Unterschied war nur, daß diesmal die Konservativen an der Macht waren und Labour in der Opposition. Labour hat die Haltung oder Haltungslosigkeit der Regierung kritisiert, wenn auch weniger bedenkenlos, als das *Churchill* im Falle des Schumanplans der damaligen Regierung gegenüber getan hatte. Aber die Opposition kritisierte die Regierung nicht deswegen, weil sie sich nicht von Anfang an in die Verhandlungen eingeschaltet hat, die zur Schaffung der EWG führten, um so eine Sicherung der speziellen britischen Gesichtspunkte zu ermöglichen. *Aneurin Bevan*s wenig verständnisvolle Bemerkung, die EWG sei eine „kleine, unbedeutende Angelegenheit“, stieß zwar auf verwunderte Kritik, aber kaum auf prinzipielle Ablehnung.

Erst im Schatten der Ankündigung *Macmillans*, man werde in Brüssel anklopfen, ob annehmbare Bedingungen für einen britischen Beitritt erhältlich sind, begann man sich ernstlicher mit der Problematik zu beschäftigen. Die Konservativen hatten sich offenkundig nicht aus Begeisterung für europäische Zusammenarbeit, sondern wegen des Erfolges, den die EWG darstellt, wegen eines Erfolges, der ein dauerndes Beiseitestehen Englands einfach nicht erlaubt, zu dem Schritt entschlossen. Des einzigen ins Schwarze treffenden oppositionellen Arguments hatte sich aber Labour längst begeben: daß es klüger gewesen wäre, mit einem Schritt, dessen Unausweichlichkeit viele schon vor drei oder vier Jahren erkannten, nicht zu warten, bis alles in die letzte Einzelheit festgelegt ist und eine Organisation sich eingespielt hat, an deren Entstehung man unbeteiligt war. Darum blieb gar nichts anderes übrig, als in der parlamentarischen De-

batte statt eines klaren Ja oder Nein eine Reihe von Bedingungen zu formulieren, auf deren Erfüllung man bestehen müsse.

Es ist kaum überraschend, daß sich diese Bedingungen weitgehend mit dem decken, was die konservative Regierung selbst als unerläßliche Voraussetzung für den Beitritt ansieht, wobei noch immer genug Spielraum bleibt, sie als erfüllt oder nicht erfüllt anzusehen. Es sind im Wesen die bekannten drei Punkte, die im Augenblick noch ebenso ungeklärt sind, wie sie es vor fast einem Jahr waren.

III

Das ist zunächst die Frage des Commonwealth, das natürlich durch einen gemeinsamen Außentarif der durch Großbritannien und infolgedessen auch durch Irland, Dänemark und Norwegen verstärkten bisherigen EWG-Länder geschädigt wäre — die zollfreie Einfuhr kanachischer oder neuseeländischer Erzeugnisse in Großbritannien ist eine Sache, auf die die Betroffenen nicht gern verzichten. Weitgehend hängt damit auch der zweite Punkt, um den es geht, zusammen — die britische Landwirtschaft mit ihren staatlich garantierten Absatzpreisen. Der dritte „Stein des Anstoßes“ ist jüngeren Datums: die Sicherung der Rechte der EFTA-Partner, die Großbritannien nicht gut im Stich lassen kann, nachdem es sich an die Spitze dieser Kombination gestellt hat.

Es soll nicht Aufgabe dieser Betrachtung sein, diesen drei zweifellos legitimen Forderungen auf den Grund zu gehen; aber es scheint unerläßlich, wenigstens dem Commonwealthproblem einige Worte zu widmen. Die freie, lose, nirgends definierte Gemeinschaft des Commonwealth, die so lose ist, daß sich Südafrika bis 1961 als Mitglied halten konnte, bildet, da ihr „alte“ und „junge“ Nationen in allen fünf Erdteilen angehören, zweifellos einen Faktor der Stabilisierung in der Welt, den nicht zu schwächen im allgemeinen Interesse liegt.

Die Commonwealthländer haben nun ausnahmslos mit einer Heftigkeit, die London überrascht hat, gegen einen britischen Eintritt in die EWG und den damit verbundenen Verlust wirtschaftlicher Vorteile protestiert. In Neuseeland haben sich die Gewerkschaften sogar in die erste Reihe der Protestler gestellt. Soweit Länder wie Australien oder Kanada sich abwehrend verhalten und sich bisher durch keinerlei Zusicherungen konservativer Minister aus London besänftigen ließen, kann man schwer sagen, inwieweit da Egoismus, Angst vor der innenpolitischen Opposition oder der Wunsch mitzuspielen, durch intransigente Haltung England zu besseren Bedingungen in Brüssel zu verhelfen. Politisch schwerer wiegt Opposition aus Ghana oder Nigerien.

Die Antwort auf die Befürchtungen der Commonwealthländer ist die gleiche wie die auf Befürchtungen in England, die Lebensmittel könnten teurer werden, wenn man sich der EWG anschließt. Die Commonwealthländer werden bei jedem Kompromiß gewisse Einbußen erleiden, die aber auch für ihr Eigeninteresse durch den zu erwartenden Aufschwung der britischen Wirtschaft aufgewogen werden. Der britische Konsument wird vielleicht mehr für Butter und Speck bezahlen; aber was hat er von niedrigeren Preisen, wenn zugleich sein Einkommen sinkt?

Sowohl bei der konservativen Opposition gegen einen EWG-Beitritt als auch bei jenen Labourpolitikern, die in die gleiche Kerbe hauen, spielt der Hinweis auf die Gefährdung der Verbindungen mit dem Commonwealth begrifflicherweise eine große Rolle, auch wenn es ein bloß negatives Argument ist, da es keine Alternative bietet. Es ist ein echtes Argument. Ist es aber echt im Munde von Labourpolitikern, die sich an die Existenz des Commonwealth als Faktor überhaupt erst erinnern haben, als sie auf die Suche nach einer Begründung einer Ablehnung des Beitritts zur EWG gingen? Viele der Argumente, die gebraucht werden, sind entweder traditionell-isolationistisch oder

versuchen, bestehende isolationistische Strömungen in den Dienst einer Sache zu stellen, die mit britischem Patriotismus sehr wenig zu tun hat. Die Labourabgeordnete *Barbara Castle*, Mitglied des Parteivorstands, hält sich für eine „linke Sozialistin“, was sie aber nicht davon abhält, im *New Statesman* Stimmung gegen die EWG mit der Behauptung zu machen, es drohe eine Überflutung des britischen Arbeitsmarkts mit genügsamen Lohndrückern vom Kontinent — als ob die Aufsaugung der italienischen Arbeitslosen, abgesehen von allen Solidaritätspflichten, nicht im direkten Interesse der (an Vollbeschäftigung seit fast zwanzig Jahren gewöhnten) britischen Arbeiter läge! Noch weniger im Einklang mit den europäischen Tatsachen ist die Befürchtung, ein Anschluß an die EWG könnte zu einer Senkung des sozialpolitischen Niveaus in England führen. Diese Behauptung appelliert an den begreiflichen Stolz der britischen Arbeiter auf die Errungenschaften der Labourregierung von 1945 bis 1951 und verschweigt, daß die EWG-Länder nachher auch so manches in dieser Beziehung geschaffen haben. Das Wort von der „kapitalistischen Verschwörung“, mit der man nichts zu tun haben wolle, und die Ablehnung des Eintritts in eine „von *Adenauer* und *de Gaulle* beherrschte“ Gemeinschaft gehören auch in das Arsenal jener, die den englischen Arbeitern das Gruseln beibringen möchten, wiewohl das doch eher zu der Auffassung führen sollte, den *de Gaulle* und *Adenauer*, falls sie tatsächlich solche Bösewichte sind, den Kontinent nicht kontrolllos zu überlassen.

Die Gegner der EWG in den Reihen Labours haben aus dem Vertrag von Rom auch noch herauszuinterpretieren gesucht, eine künftige Labourregierung würde keine Industriezweige nationalisieren dürfen oder keine Planwirtschaft nach eigenen britischen Bedürfnissen betreiben können. Da derlei weder aus dem Text noch aus dem Geist des Vertrages von Rom zu beweisen war, ist man jetzt dazu übergegangen, zu „beweisen“, die Bestimmungen des Vertrags würden die nationalisierten Industriezweige zwingen, ihre Funktion der Preisstabilisierung im gesamtstaatlichen Rahmen aufzugeben und die Preise ihrer Erzeugnisse nach rein kapitalistischen Gesichtspunkten zu gestalten, also zu erhöhen. Das Wochenblatt *Tribüne* ergänzte das durch die Behauptung, nach Eintritt in die EWG würde sogar das britische Innenministerium sein Arbeitsprogramm alljährlich nach Brüssel zur Genehmigung vorlegen müssen. Das Argument, daß die Kommission in Brüssel, von der man verschweigt, daß sie drei sozialdemokratische Mitglieder hat, sich der Kompetenzen des gewählten Unterhauses bemächtigen würde, kehrt häufig wieder. Den vorläufigen Höhepunkt in dieser Richtung hat der Abgeordnete *Tom Driberg*, Mitglied des Parteivorstandes, erreicht. *Driberg*, der sich als „linker Sozialist“ bezeichnet, fragte die Regierung im Unterhaus, ob durch einen Beitritt zu einer vorwiegend aus Republiken bestehenden Kombination (drei der sechs EWG-Staaten sind Republiken) die britische Monarchie nicht leiden könnte ...

IV

Diese „rechten Argumente von links“ zeigen, daß es bei vielen Labourpolitikern, die gegen einen Schritt kämpfen, den mit der Regierung viele Labouranhänger für unausweichlich halten, gar nicht sosehr um den Gemeinsamen Markt, sondern aus Erwägungen, die mit britischer Souveränität oder Monarchie nichts zu tun haben, um die Verhinderung einer Konsolidierung des freien Europa geht. Es wäre aber ungerecht, hier zu verallgemeinern. Befürchtungen besonders aus den *gewerkschaftlichen* Reihen vor einem Eintritt in die EWG werden oft sachlich mit den Gefahren für diesen oder jenen Industriezweig begründet. Einige gewerkschaftliche Gegner eines Beitritts, wie der Bergarbeiter-Abgeordnete *Will Blayton*, bewegen sich mit ihrer Agitation streng im Rahmen der Gewerkschafts- und Labourbewegung. Andere, wie der Sekretär des Buchdruckerverbandes *Robert Bringinshaw*, haben sich mit ultrakonservativen Elementen zu einer Be-

wegung unter dem Titel *Forward Britain Movement* vereinigt, das britischen Isolationismus oder Commonwealth-Patriotismus predigt. Im allgemeinen sind jene, die für einen einseitigen britischen Verzicht auf Kernwaffen eintreten und deshalb im Gewerkschaftsbund und der Labour Party in Opposition stehen, auch Gegner eines Eintritts in die EWG, in der von ihrem Standpunkt aus nicht unrichtigen Erwägung, daß ein Heranrücken Englands an den Kontinent keinerlei einseitige Aufkündigung von Verträgen mehr erlauben würde. Aber es gibt Ausnahmen von der Regel. So ist der Abgeordnete *Robert Edward*, zugleich Generalsekretär der chemischen Arbeiter (der einzige Fall des Generalsekretärs einer Gewerkschaft, der es möglich gefunden hat, diese Funktion mit der Vollbeschäftigung eines Parlamentariers zu vereinigen), sowohl ein Vorkämpfer des Unilateralismus in bezug auf Kernwaffen als auch der Vereinigten Staaten von Europa und im Augenblick des Beitritts zur EWG. Die gewerkschaftlichen und labouristischen Anhänger dieses Schrittes haben sich in einem *Labour Common Market Committee* zusammengeschlossen, das sich bemüht, die antieuropäischen Vorurteile innerhalb der Labourbewegung zu bekämpfen. Der international bekannteste seiner Repräsentanten ist der frühere Minister *John Strachey*.

1961 hatten sich Gewerkschaftskongreß und Parteitag zum erstenmal mit der Problematik beschäftigt. Es war unmittelbar nach der Ankündigung des Regierungschefs, daß man Anschluß bei der EWG suchen wolle. Beide Tagungen kamen zu dem gleichen Ergebnis, das aber mit verschiedenen Akzenten formuliert wurde. Beide machten den Eintritt Großbritanniens von der zufriedenstellenden Erfüllung der bekannten drei Punkte — Commonwealth, Landwirtschaft und EFTA — abhängig. Dem entgegenstehende oder weitergehende Anträge wurden abgelehnt. Aber der Gewerkschaftskongreß formulierte seine bedingte Zustimmung positiv, d.h. er war für den Beitritt, falls diese Voraussetzungen erfüllt scheinen, während die Jahreskonferenz Labours den gleichen Gedanken negativ ausdrückte: der Beitritt dürfe nicht erfolgen, falls die gestellten Bedingungen nicht entsprechend berücksichtigt seien. In der Labour Party ist man eben mehr als im Gewerkschaftsbund darauf bedacht, durch die Wahl seiner Worte einer inneren Opposition das Wasser abzugraben. Diese Tendenz hat sich inzwischen noch verstärkt. *George Brown*, Gaitskells Stellvertreter in der Parteiführung, hat Anfang März als weitere Bedingungen angemeldet, Großbritannien müsse „genügend Macht behalten, um seine eigene Wirtschaft zu planen, damit wir in der Lage sind, unsere Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten und unsere sozialen Einrichtungen auszubauen“, und dürfe nicht das Recht verlieren, „seine eigenen politischen Entscheidungen zu fällen“. Das sind unverkennbar weitere Konzessionen an irrationale, durch eine eifrige Propaganda genährte Vorurteile, von deren Irrelevanz Brown innerlich überzeugt sein mag, deren Überwindung er aber nur auf diese Weise für möglich zu halten scheint.

Wie aus dem Angeführten ersichtlich ist, beschränkt sich die Debatte in England nahezu ausschließlich auf die Ausmalung der wirklichen oder angeblichen Gefahren, die dem Land durch einen Beitritt zur EWG drohen, sowie auf die Widerlegung der einschlägigen Befürchtungen. Mit dem Fortschreiten der Verhandlungen zwischen London und Brüssel, die vorläufig zum Kern der Sache nicht vorgedrungen sind, kann man vielleicht doch erwarten, daß sich die Diskussion auf das einzig wesentliche Feld verlagert: welche Gefahren Großbritannien und damit auch seiner Arbeiterbewegung für *den* Fall drohen, daß das Land *außerhalb* der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bleibt . . .